

Berichterstattung eingeschränkt

Singapur plant nach Aussagen des amtierenden Informations- und Kulturministers Lee Yock Suan die Einschränkung der Sendelizenzen für ausländische Rundfunk- und Fernsehanstalten, die allzu kritisch über die politische Situation im Stadtstaat berichten. Damit würden die bereits für Printmedien geltenden strengen Vorschriften auch auf den Bereich der elektronischen Medien ausgeweitet.

Nach Ansicht Lees sollten ausländische Medien die Möglichkeit der Berichterstattung aus und über Singapur in erster Linie als ein Privileg, weniger als Recht betrachten, und von einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten Singapurs absehen. *vgl. Reuters, Singapur, 10.3.2001*

Menschen mit AIDS droht Obdachlosigkeit

Aufgrund fehlender Hilfsangebote und anhaltender Diskriminierung sind immer mehr AIDS-Kranke in Singapur von Obdachlosigkeit betroffen. Seit 1985 verzeichnete der Stadtstaat insgesamt 1325 HIV-Infektionen und etwa 460 Todesfälle aufgrund von AIDS. Trotz der äußerst restriktiven Drogenpolitik und Einreise- und Aufenthaltsbeschränkungen für Ausländer mit HIV sind diese Zahlen in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen.

Nach Angaben des *Communicable Disease Centre* (CDC), einer staatlichen Melde- und Anlaufstelle für HIV-Patienten, sind jedes Jahr etwa zehn Menschen mit AIDS von Obdachlosigkeit betroffen, da Hilfsangebote für diesen Personenkreis bisher nahezu vollständig fehlen. Auch den beiden unabhängigen Hilfsorganisationen, *Action for AIDS* (AFA) und *The Cyrenes*, ist es bisher nicht gelungen, umfassende Hilfsangebote zu realisieren, da das Thema AIDS in der öffentlichen Debatte noch immer vor allem von einer diskriminierenden Haltung gegenüber den Betroffenen gekennzeichnet ist.

vgl. Reuters, Singapur, 20.3.2001

Oppositionelles Wahlbündnis

Vier oppositionelle Gruppierungen haben sich Ende Juli 2001 in Singapur zusammengefunden, um bei den nächsten Parlamentswahlen gemeinsam gegen die seit 1965 nahezu unangefochten regierende *People's Action Party* (PAP) anzutreten. Vorsitzender der neu gegründeten *Singapore Democratic Alliance* ist der Oppositionsabgeordnete Chiam See Tong.

Neben der *Singapore People's Party*, für die Chiam derzeit im Parlament sitzt, gehören dem Wahlbündnis noch die *Singapore Malay National Organisation*, die *National Solidarity Party* und die *Singapore*

Justice Party an. Nicht zum Bündnis gehört allerdings die *Workers Party*, deren neuer Vorsitzender Low Thia Kiang — derzeit neben Chiam einziger Oppositionspolitiker im Singapur Parlament — allerdings Interesse an einer engeren Zusammenarbeit mit der Allianz bekundet hat. Ob es dem Wahlbündnis jedoch gelingen wird, gegen die PAP bei den spätestens im Sommer nächsten Jahres stattfindenden Parlamentswahlen in nennenswertem Umfang Stimmen zu gewinnen, muss sich erst noch erweisen.

vgl. AFP, Singapur, 28.7.2001

Wirtschaftswachstum

Für das laufende Jahr 2001 erwarten Wirtschaftsexperten aus Singapur einen Rückgang des Wirtschaftswachstums um bis zu einem Prozent und damit die schwerste Wirtschaftskrise für den Stadtstaat seit der Rezession von 1985/86.

Nach einer 4,5-prozentigen Wachstumsprognose im Januar dieses Jahres gehen Wissenschaftler der *Nanyang Business School* in ihrem neuesten Bericht nun von einem Rückgang des Wirtschaftswachstums um etwa ein Prozent aus. Einen wesentlichen

Grund für diese seit Mitte der achtziger Jahre schwerste Rezession sehen die Wissenschaftler vor allem darin, dass Singapurs Exportsektor noch immer in starkem Maße von der Ausfuhr von Halbleiterprodukten abhängig ist — einem Sektor, der sich weltweit in einer Krise befindet. In Singapur verzeichnete der Bereich der Halbleiterproduktion, der etwa 20 Prozent des gesamten BIP ausmacht, in der ersten Hälfte dieses Jahres einen Rückgang von 9,6 Prozent.

vgl. AFP, Singapur, 25.7.2001

Jeyaretnam verliert Parlamentssitz

In der Sitzung vom 25. Juli 2001 gab der Sprecher des Parlaments bekannt, dass der Oppositionspolitiker J.B. Jeyaretnam sein Parlamentsmandat verliere, nachdem er zwei Tage zuvor nach einer Niederlage vor Gericht für Bankrott erklärt wurde.

Der populäre Politiker der oppositionellen *Workers Party* war in einem vom früheren Premierminister Lee Kuan Yew angestregten Verleumdungsverfahren zu einer hohen Geldstrafe verurteilt worden, gegen deren Zahlung er Einspruch erhoben hatte. Da Jeyaretnam die verhängte Geldstrafe nicht bezahlen kann, verliert er nach in Singapur geltendem Recht sei-

nen Sitz im Parlament. Damit verringert sich die Zahl der von der Opposition gehaltenen Mandate im 93 Sitze umfassenden Parlament auf zwei; zwei weitere Sitze sind nun vakant.

Der kanadische Rechtsanwalt Howard Rubin, der für *Amnesty International* und die *Lawyers' Rights Watch Canada* die jüngsten Verfahren gegen Jeyaretnam beobachtete, zeigte sich besorgt über die darin deutlich werdende Rechtspraxis in Singapur, mit Hilfe von Verleumdungsklagen Oppositionspolitiker in ihrer politischen Arbeit massiv zu behindern.

vgl. AFP, Singapur, 25.7.2001; 26.7.2001

nachrichten

Steigender Bildungsdruck

Der Wandel der Beschäftigungsstrukturen in Singapurs *New Economy* setzt vor allem ältere Arbeitnehmer unter einen enormen Anpassungsdruck. Von dieser Entwicklung sind besonders Beschäftigte über 45 Jahren mit niedrigen Bildungsabschlüssen betroffen, wie Singapurs *Minister for Community Development*, Abdullah Tarmugi, kürzlich auf einem ASEAN-Ministertreffen bekanntgab. Verschärft wird die Situation noch durch die momentane Rezession, die Singapurs Arbeitsmarkt zusätzlich unter Druck setzt.

Als erste Hilfsmaßnahme hat die Regierung nun ein Programm über 40 Millionen Singapur-Dollar verabschiedet, mit dem die berufliche Fort- und Weiterbildung vor allem älterer Arbeitnehmer gefördert werden soll. Das Programm ist Teil eines umfangreichen Wirtschaftsförderungsprogramms im Umfang von ca. 2,2 Milliarden Singapur-Dollar, mit dem die Regierung den derzeitigen wirtschaftlichen Problemen im Stadtstaat begegnen will.

Einem immer stärkeren Anforderungsdruck sind offenbar auch Singapurs Schüler ausgesetzt. Nach Angaben des Gesundheitsministeriums hat sich die Zahl der Patienten psychiatrischer Beratungsstellen und Kliniken unter 18 Jahren seit 1990 von 1126 auf 2491 Fälle mehr als verdoppelt; etwa die Hälfte davon sind Grundschüler.

vgl. AFP, Singapur, 9.8.2001